

Basel, 28.05.2009

Medienmitteilung

BastA! fordert Sozialmassnahmen gegen den Anstieg der Krankenkassenprämien

BastA! verlangt Massnahmen, die verhindern, dass die Krankenkassenprämien im Kanton Basel-Stadt für Familien sowie Rentnerinnen und Rentner mit mittleren und niedrigen Einkommen weiter ansteigen.

Es ist unglaublich: mitten in der Wirtschaftskrise sollen die Krankenkassenprämien massiv erhöht werden. Was das insbesondere für Familien mit Kindern und für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen bedeutet, kann man sich ausrechnen. Ebenso hart trifft es Rentnerinnen und Rentner ohne eine genügende 2. Säule. Aufgrund des ungerechten Kopfprämiensystems werden alle Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig von ihrem Einkommen gleichermassen zur Kasse gebeten.

Die massive Erhöhung der Krankenkassenprämien ist jedoch nicht nur die Folge gestiegener Gesundheitskosten, sondern auch einer verfehlten Politik. Falsche Anreize, eine fragwürdige Praxis der Versicherer bei der Bildung von Reserven und eine nicht minder fragwürdige Konkurrenzpolitik der Krankenkassen haben zur Prämienmisere beigetragen. Das heutige System führte zur absurden Situation, dass die Versicherten im Kanton Basel-Stadt mit den schweizweit höchsten Prämien die niedrigeren Prämien in anderen Kantonen subventionierten. BastA! wartet gespannt auf die Antwort der Regierung auf die Fragen, die Urs Müller in einer Interpellation zum hier angesprochenen Thema aufgeworfen hat.

Für BastA! steht fest: Die Prämienverbilligungen im Kanton Basel-Stadt müssen der aktuellen Entwicklung angepasst werden. **Wir fordern, dass die Einkommensgrenze für Prämienverbilligungen um 10 Prozent angehoben wird. Ausserdem sind die kantonalen Beiträge an die Krankenkassenprämien so zu gestalten, dass kein Haushalt mit Anspruch auf Prämienverbilligung im Jahr 2010 höhere Krankenkassenbeiträge entrichten muss als im laufenden Jahr.**

BastA! unterstützt natürlich auch die Forderung der Grünen Partei der Schweiz nach einem zweijährigen Prämienstopp. Die Kostensteigerungen sollen während dieser Zeit von der öffentlichen Hand übernommen werden. Die grüne Fraktion in der Bundesversammlung verlangt eine dringliche Debatte, um diesen und andere Vorschläge zum Gesundheitswesen zu diskutieren.

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne: Urs Müller, Grossrat, Tel. 079 507 46 88